Hamburg

Plattform für Verwaltungsservices

[04.05.2018] Im Herbst will Hamburg eine Plattform freischalten, die alle wesentlichen Verwaltungsservices online anbietet. Damit will die Freie und Hansestadt eine Vorreiterrolle bei der Digitalisierung einnehmen.

Die Freie und Hansestadt Hamburg will im Herbst eine Plattform freischalten, die alle wesentlichen Verwaltungsdienstleistungen online verfügbar macht. Das berichtet das Hamburger Abendblatt. Basis hierfür sei die gemeinsam mit IT-Dienstleister Dataport in der Entwicklung befindliche Online-Service-Infrastruktur (wir berichteten).

Hamburg wolle nicht nur rechtzeitig seine Hausaufgaben machen, sondern zudem schneller als andere fertig werden und so möglicherweise anderen Ländern zuarbeiten. Die Chancen auf eine Hamburger Führungsrolle bei der Digitalisierung des Staatswesens stehen nicht schlecht, betonen der Hamburger Chief Digital Officer (CDO) Christian Pfromm und der für die digitale Transformation federführend verantwortliche Staatsrat der Senatskanzlei, Christoph Krupp.

Wie dem Artikel im Hamburger Abendblatt zu entnehmen ist, wurden bei dem Projekt Anforderungen und Einführungsschritte genau abgegrenzt. Zudem setze man auf modulare Programmierung. Damit soll das Risiko von aus dem Ruder laufenden Kosten oder nicht eingehaltenen Fristen von Beginn an minimiert werden. Bis Ende dieses Jahres habe die Bürgerschaft zunächst 18,6 Millionen Euro freigegeben, so Krupp.

Christian Pfromm versucht Bedenken auszuräumen: Die Digitalisierung gefährde keine Arbeitsplätze – im Gegenteil. Die Umstellung sorge vielmehr durch Effizienzgewinne dafür, dass der massive Personalabgang der kommenden Jahre aufgefangen werden könne. Schließlich würden bis 2030 rund 40 Prozent der städtischen Beschäftigten in den Ruhestand gehen, viele davon fast zeitgleich. Auch Ängste vor Datenmissbrauch seien unbegründet. Zum einen sei der Hamburger Datenschutzbeauftragte von Beginn an in das Vorhaben eingebunden. Ferner werde es keine zentrale Datenbank geben, sodass die Daten der Bürger weiterhin datenschutzkonform bei den einzelnen Abteilungen der Verwaltung dezentral gespeichert würden. „Außerdem halten wir uns an das Prinzip der Datensparsamkeit“, so Pfromm. „Es werden generell nur die Daten erhoben, die wirklich gebraucht werden.“ Um die Online-Dienste zu nutzen, müssen sich die Bürger einmal persönlich in einer Behörde registrieren lassen. Auch der neue Personalausweis soll für die Online-Identifizierung eingesetzt werden können.

Wie riesig die Herausforderung ist, den größten Teil des Bürgerservices ins Netz zu bringen, zeigen die Zahlen, heißt es im Artikel des Abendblatts: Die Stadt beschäftige in der Verwaltung rund 60.000 Menschen und biete etwa 2.600 unterschiedliche Dienstleistungen für Bürger und Unternehmen an. Rechne man die zuständigen Mitarbeiter in Senatskanzlei, Fachbehörden und bei IT-Dienstleister Dataport zusammen, seien mittlerweile nach Aussage von Staatsrat Krupp rund 1.300 Beschäftigte mit IT-Diensten und Digitalisierung befasst – viele davon auch mit dem Aufbau des neuen Systems, das künftig Hunderttausende gleichzeitiger Zugriffe verkraften und sinnvoll verarbeiten soll.

(ba)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Hamburg, Onlinezugangsgesetz (OZG), Online-Service-Infrastruktur (OSI), Christoph Krupp, Christian Pfromm